

Stadträtin Christa Meier bezeichnet Künzles Aussagen als «heikel»

Kontroverse Dass der Stadtpräsident sich negativ zum Ausländerstimmrecht äussert, ärgert die Winterthurer SP. Überraschend übte gestern auch Stadtratskollegin Christa Meier Kritik an Michael Künzle.

Mirko Plüss

Nachdem sich Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) gestern im Interview mit dem «Landboten» gegen die Pläne aussprach, Ausländer an lokalen Abstimmungen teilnehmen zu lassen, wurde dies anschliessend von Stadtratskollegin Christa Meier (SP) kritisiert.

Die mögliche Aussenwirkung von Künzles Aussagen ist laut Meier «problematisch», da im Stadtrat in der Sache noch gar keine Diskussion stattgefunden hat. Meier, die auch als Vizepräsidentin des Stadtrats amtiert, sagte gestern auf Anfrage: «Die Mediennutzer unterscheiden wohl nicht in jedem Fall zwischen der Meinung des Stadtpräsidenten und jener des Gesamtstadtrats.» Die Gefahr bestehe, dass eine Einzelmeinung fälschlicherweise als Haltung der Stadt aufgefasst werde. «Und dies ist tatsächlich nicht unheikel.»

Als CVP-Politiker ist Künzle im Stadtrat politisch seit 2018 in der Minderheit. Er selber sagte im Interview, dass das Nein zum Ausländerstimmrecht seine persönliche Meinung sei. Erstmals äusserte sich Künzle dazu allerdings im «Tages-Anzeiger», dort fehlt der Hinweis darauf, dass es



Umstrittene Äusserungen: Stadtpräsident Michael Künzle und Stadträtin Christa Meier. Fotos: Johanna Bossart

sich um eine Einzelmeinung handelt.

Der Winterthurer Stadtrat hat bisher nicht über das Thema diskutiert. Laut Christa Meier wird dies aber bald der Fall sein: «Im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung wird das Aus-

länderstimmrecht Thema sein im Stadtrat.»

«Ohne Not» im Nein-Lager positioniert

Am Mittwochmorgen hatte bereits die SP Künzle kritisiert und eine Stellungnahme verschickt.

«Mit einigem Erstaunen nehmen wir heute von der Aussage des Stadtpräsidenten Kenntnis», heisst es einleitend. «Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig unklar, ob seine Meinung ebenfalls der Haltung des Gesamtstadtrates entspricht.» Die SP

«Die Gefahr besteht, dass eine Einzelmeinung fälschlicherweise als Haltung der Stadt aufgefasst wird.»

Christa Meier
Stadträtin (SP)

spricht von einem «unnötigen Vorpreschen». Ohne Not positioniere der Stadtpräsident Winterthur als ablehnende Gemeinde. Die SP stellt in ihrer Stellungnahme, die von Co-Präsident Markus Steiner verschickt wurde, zudem die Frage in den Raum, «wie der

Stadtrat bei politischen Themen mit dem Kollegialitätsprinzip und persönlichen Meinungen umgeht». Inwiefern das Prinzip im vorliegenden Fall eine Rolle spielt, ist aber unklar. Grundsätzlich bezieht sich die Kollegialität auf getroffene Beschlüsse.

Vorschlag lässt Gemeinden Spielraum

Eine Behördeninitiative für die Einführung des Ausländerstimmrechtes auf kommunaler Ebene wurde am Montag im Kantonsrat vorläufig unterstützt. Laut dem Vorschlag, der von der Stadt Zürich und deren Präsidentin Corine Mauch (SP) ausging, sollen die Gemeinden die Modalitäten selber bestimmen.

Die SP erinnert in ihrem Schreiben daran, dass das Geschäft «bis hin zur GLP» mitgetragen wurde. «Eine breit geführte, sachliche und ernsthafte Diskussion zu diesem Geschäft würden wir sehr begrüssen, auch seitens des Stadtpräsidenten.»

Schützenhilfe erhielt der Stappi gestern von der SVP, die auf Facebook verlaublich: «Wir sind froh, zu sehen, dass es im links dominierten Stadtrat auch vernünftige Stimmen gibt, welche zur Schweiz stehen.»

Anzeige gegen Stefanini fällt in sich zusammen

Justiz Die Tochter des verstorbenen Sammlers hat niemanden genötigt.

Im Juni 2017 wurde gegen Bettina Stefanini eine Strafanzeige wegen Nötigung eingereicht. Nun hat der zuständige Zürcher Staatsanwalt eine Nichtanhandnahmeverfügung erlassen. Die Verfügung wurde kürzlich rechtskräftig, wie der «Landbote» erfahren hat. Wenn ein Verfahren von der Staatsanwaltschaft nicht aufgenommen wird, bedeutet dies meist, dass allein aufgrund der Aktenlage der Fall schon klar ist – ohne Anhörung der Parteien.

Bettina Stefanini, die Tochter des verstorbenen Kunst- und Immobiliensammlers Bruno Stefanini, hat nun also weder einen Strafbefehl noch ein Gerichtsverfahren zu befürchten.

Die Anzeige hatte der ehemalige Stiftungsrat der Stefanini-Stiftung Markus Brunner eingereicht. Brunner warf Bettina Stefanini Nötigung und verschiedene «koordinierte Aktionen» gegen den mittlerweile verstorbenen Vater und den damaligen Stiftungsrat vor.

«Von Anfang an absehbar»

Konkret ging es um Vergleichsgespräche im Herbst 2014 zwischen dem damaligen Stiftungsrat und Bettina Stefanini. Damals wurden unter anderem mögliche Abgangsschädigungen diskutiert. Diese Gespräche und Angebote bezeichnete Brunner später als Nötigungsversuche. Offenbar sah der zuständige Staatsanwalt

nun aber gar keinen möglichen Straftatbestand als erfüllt an. Bettina Stefaninis Winterthurer Anwalt Jack Würzler sagte gestern auf Anfrage, dieser Ausgang der Geschichte sei «von Anfang an absehbar» gewesen. Dennoch sei man froh, dass das Ganze nun abgeschlossen sei.

Freisprüche in Winterthur

Der Machtkampf um Bruno Stefaninis Erbe dauerte Jahre an. Im Sommer 2018 hatte das Bundesgericht voll zugunsten von Stefaninis Kindern Bettina und Vital Stefanini entschieden. Bettina Stefanini ist nun Präsidentin der Stefanini-Kunststiftung, welche auch das umfangreiche Immobilienportfolio des im Dezember 2018 verstorbenen Sammlers verwaltet. Der Wert der Sammlung wird auf über 1,5 Milliarden Franken geschätzt.

Zuletzt hatte sich das Winterthurer Bezirksgericht mit dem Fall befassen müssen. Angeklagt waren zwei Ex-Stiftungsräte, einer von ihnen war Markus Brunner. Das Gericht sprach die beiden Ende Oktober vom Vorwurf der Urkundenfälschung frei. Der Staatsanwalt hatte ihnen vorgeworfen, dass sie die Demenz des Immobilienkönigs Stefanini ausgenutzt hätten.

Weitere laufende juristische Auseinandersetzungen in der Sache sind nicht bekannt.

Mirko Plüss

Nationale Ehrung für Energieprojekte aus Winterthur

Watt d'Or Preise bekommen ein E-Lastwagen, eine Orchideenzucht und ein Bakterium.

Seit 2007 vergibt das Bundesamt für Energie den Schweizer Energiepreis mit dem Namen Watt d'Or. Als Anerkennung gibt es kein Geld, aber die Gewissheit, auf dem richtigen Weg zu sein. Für die diesjährige Verleihung waren 45 Bewerbungen eingegangen, 19 schafften es in die Endrunde, und fünf werden heute von der Jurypräsidentin Pascale Bruderer als Siegerprojekte in vier Kate-

gorien gekürt. Zweimal wird die frühere Aargauer SP-Ständerätin dabei das Wort «Winterthur» in den Mund nehmen.

In der Kategorie «Energieeffiziente Mobilität» geht einer von zwei Preisen an die Winterthurer Firma Designwerk, die 2019 ihren Elektro-Kehrmaschine Futuricum bis zur Serienreife entwickelt hat. In Thun, Lausanne und andernorts laden Futuri-

cum-Fahrzeuge bereits den Abfall auf, Winterthur steht auf der Bestellerliste ganz oben. Der «Landbote» hat schon mehrfach über die Erfolgsgeschichte berichtet. Die batteriebetriebenen Fahrzeuge sind zwar noch doppelt so teuer wie herkömmliche Diesellastwagen, aber sie sind leiser, sauberer, sparsamer im Energieverbrauch und im Betrieb rund 80 Prozent günstiger.

Einen «Watt d'Or»-Preis gibt es auch für eine Winterthurer Entwicklung im Bereich Energietechnologie. Institute der ZHAW sowie die Winterthurer (und Ossinger) Klima-/Lüftungsfirma Schmid Hutter AG waren an dieser Entwicklung beteiligt, die ein Orchideengewächshaus in Wangen bei Dübendorf heizt. Dank eines innovativen Verteilsystems, so die Erklärung der Fachleute, würden «die Pflanzische mit den Orchideen punktgenau klimatisiert, und nicht mehr das gesamte Gewächshaus». Speziell daran: In einem thermochemischen Netz wird nicht Energie transportiert, sondern ein «chemisches Potenzial in Form einer konzentrierten Salzlösung». Dort, wo die Energie benötigt wird, wird aus der Salzlösung Wärme oder Kälte gewonnen. Die Orchideenzucht von Hanspeter Meyer in Wangen produziere schon seit Jahren klimaneutral, heisst es im Beschrieb.

Das furzende Urbakterium

Die übrigen Energiepreise gehen an die Viktor Meili AG in Schübelbach (Elektro-Kommunalfahrzeuge), an die ETH (Energienetz Campus Höggerberg) und an die Regio Energie Solothurn. Dort wird laut den Unterlagen ein furzendes Urbakterium namens Archie in einem Hybridwerk eingesetzt, um aus Wasserstoff und CO₂ Biomethan zu machen. Dieses brennbare Gas wird ins Erdgasnetz eingespeist. Archie helfe dem Publikum, «die komplexen technischen Prozesse besser zu verstehen». (mgm)



Elektro-Abfallwagen aus Winterthur sind zwar teuer, aber leiser und sauberer als Dieselfahrzeuge. Foto: PD